

I. Konsolidierung Projekt Schuldenbremse Dreieich Übersicht Stand 24.4.12

1. Zielerreichung Turnaround Kassenkredit

Alle Zahlen in Mio. €	Jahr	Cashflow im Zieljahr (2016) Ausgangslage	Konsolidierungsvolumen	Cashflow im Zieljahr incl.
Ausgangssituation (Grundsatzbeschluss 28.9.2010)	2010	-5,0		-5,0
Schuldenbremse brutto Paket I und II	2012		4,6	4,6
Kompensationsumlage Land	2011	-0,9		-0,9
Kreis- und Schulumlage auf 58 Punkte	2012	-0,2		-0,2
Situation 2012 mit Schuldenbremse	2012	-6,1	4,6	-1,5
Erhöhung Grundsteuer (+70 Punkte)	2013		1,4	1,4
Situation 2012 mit Schuldenbremse + GST	2013	-6,1	6,0	-0,1

2. Beschlusslage Paket I und II Detailansicht

Alle Zahlen in T€	Anzahl Maßnahmen	Summe Kienbaum in T€	Summe STVV in T€	Stellen gem. STVV
Paket I (STVV-Beschluss 13.12.11)	43	3.580	2.945	32,85
Paket II (STVV-Beschluss 24.4.12)	56	4.352	1.545	7,75
Paket II "ergänzende Beschlussempfehlungen" (STVV 24.4.12)	4		1.496	
Erhöhung der Grundsteuer (+70 Punkte)			1.400	
Mindest-Gewinnausschüttung Holding > Konsolidierungsmaßnahmen Holding Paket II			96	
Konsolidierung Gesamt			5.986	40,6

II. Maßnahmenbeschlusslage Stand 24.4.12

Gesamt 1 Führungskräfte-schulung durchführen (Paket 2)

Durch die Aufgabenvielfalt einer Kommunalverwaltung ist es von enormer Bedeutung, dass die Kompetenzen der Führungskräfte gezielt und nachhaltig gefördert werden. Der Maßnahmenvorschlag soll daher umgesetzt werden, und zwar mit dem Ziel, betriebswirtschaftliches Denken und Handeln sowie die Effektivität des Verwaltungshandelns zu stärken.

Gesamt 2 Konzerngedanke „Stadt Dreieich“ stärken (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird umgesetzt. Es sollen hierfür unter der Leitung des Bürgermeisters gemeinsame Workshops stattfinden, in denen Vertreter aus der Kernverwaltung, der Stadtholding Dreieich GmbH und den Bürgerhäusern die von Kienbaum genannten Handlungsfelder Personalbetreuung- bzw. -abrechnung, IT-Betreuung, Finanzbuchhaltung, Beschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Verbrauchsmaterialien und GIS-Anwendung auf Synergie- und Optimierungsmöglichkeiten zu analysieren.

Der Stadtverordnetenversammlung ist über die Ergebnisse und die Optimierungsmöglichkeiten bis Ende 2012 zu berichten.

Einsparvolumen jährlich:	-10.000,-- €
--------------------------	--------------

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



Gesamt 3 Ein- und Austempeln bei Raucherpausen (Paket 1)

Die Raucherpausen werden nicht abgeschafft. Die Führungskräfte tragen Verantwortung für eine sachgemäße Pausenregelung.

Gesamt 4 Zeiterfassungssystem anpassen (Paket 2)

„Die Maßnahme sieht vor, dass die Beschäftigten selbst am Zeiterfassungssystem nachträgliche Buchungen vornehmen können, deren Freigabe dann durch die jeweiligen Vorgesetzten zu bestätigen ist. Dieser Workflow (Arbeitsvorgang) wird frühestens 2015 mit Ausscheiden der derzeitigen Sachbearbeiterin umgesetzt. Bis dahin wird der Fachbereich 7 eine Konzeption erarbeiten, die die finanziellen und personellen Auswirkungen und Einsparpotentiale darstellt.“

Einsparvolumen jährlich FB 7: Entspricht 0,5 VZK	-	-35.000,-- €
-----------------------------------------------------	---	--------------

Gesamt 5 Dienststellen im Rathaus zentralisieren (Paket 2)

Die Dienststellen werden im Rathaus zentralisiert. Der Maßnahmenvorschlag wird umgesetzt. Die Zentralisierung entspricht auch der bestehenden Beschlusslage. Die Schule Am Weiher soll im Anschluss verkauft werden. Eine erste Raumkonzeption der Umsetzung ist parallel zur Vorlage bzgl. des Verkaufs der alten Schule bis spätestens 30.6.2012 zu erarbeiten. Dabei sind die Tendenzen zur Zukunft der Organisation des Bauhofs (IKZ mit Neu-Isenburg) einzubeziehen.

Einsparvolumen jährlich Gesamt		-32.000,-- €
--------------------------------	--	--------------

Gesamt 6 Verzicht auf übertarifliche Freizeitgewährung (Paket 1)

Einzelvergünstigungen, wie Faschingsdienstag oder Geburtstagsfrei sollen abgeschafft werden. Der Aktionstag entspricht zwar grundsätzlich einem Betriebsausflug in der Privatwirtschaft, aber anders als dort wird dieser finanziell nicht durch die Stadt unterstützt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen selbst die Kosten. Er fördert die interkollegiale Verständigung und das Betriebsklima.

Gesamt 7 Begrenzung der Leitungsverantwortungsebenen (Paket 2)

Die Verwaltung wird die Leitungsstruktur prüfen und die Umsetzung nach KGSt und/oder die Begrenzung der Leitungsverantwortung (Personalführung, Strategie) bis auf Ebene der Ressortleitung klären. Die Umsetzungsmöglichkeiten sollen insbesondere auf Ebene des Leitungsmeetings beraten werden.

Gesamt 8 Anpassung der Aufbauorganisation (Paket 1)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird nicht umgesetzt.

Gesamt 9 Wahrnehmung des Konsolidierungsbeauftragten (Paket 1)

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird umgesetzt. Der Konsolidierungsbeauftragte soll im Umfang einer halben Stelle als Stabsstelle dem Bürgermeister direkt zugeordnet werden. Die Stelle ist zu befristen auf fünf Jahre. Es soll durch die Verwaltung ein Vorschlag für ein Stellenprofil erarbeitet werden, das dem Magistrat zur Entscheidung vorgelegt wird. Dabei ist besonders Wert zu legen auf eine regelmäßige und standardisierte Berichtserstattung über die Umsetzungsaktivitäten und – stand gegenüber der Verwaltungsführung und den städtischen Gremien. Die Stelle ist nach Möglichkeit zum 1.1.2012 intern zu besetzen. Die Stelle ist schnellstmöglich vorrangig intern zu besetzen.“

Personalkosten neu jährlich:		+35.000,-- €
------------------------------	--	--------------

Gesamt 10 Reduzierung der Vereinsförderung um 50 % (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird wie folgt umgesetzt:

Folgende Zuschüsse sind zum 1.1.2013 zu streichen bzw. anzupassen:

1. Streichung des Festes des Sports (ca. 5T€).
2. Der Benutzungstarif der Bürgerhäuser ist insg. um 15 % anzuheben (*Effekt ca. 15 T€*)
3. Die Ermäßigungssätze sind von 50% / 70 % auf 40% / 60% zu reduzieren (mit / ohne Eintritt) oder/und es ist ein Kostenbeitrag bei bisheriger mietfreier Vermietung einzuführen (*Effekt ca. 20 T€*)
4. Wegfall der Förderung von Einzelveranstaltungen mit gewerblichem Charakter (z.B. Kerb) (Effekt 5 T€).

Die Förderung des aktuellen Zuschusses zur Beschäftigung von Übungsleitern, die über die Förderung des Landessportbundes hinausgehen, wird um 10 T€ zum 1.1.2014 und weitere 10 T€ zum 1.1.2015 gekürzt (Effekt 48 T€ lt. Kienbaum, 20 T€ effektiv, da bereits 20% Reduzierung).

Einsparvolumen jährlich:	Effekt: -65.000,-- €
--------------------------	----------------------

Gesamt 11 Nutzung von e-procurement (Paket 1)

Das e-procurement (System Intersource) wird im Laufe des Jahres 2012 eingeführt.

Gesamt 12 IT-Konzept incl. Druckerkonzept (Paket 2)

Die Maßnahme zur Erstellung eines IT-Konzeptes mit einem optimierten Kopierer- und Druckerkonzept wird umgesetzt. Die Installation eines SAN/Serversystems ist erfolgt. Bis Sommer 2012 wird die IT-Konzeption mit einer Zeitschiene von 5 Jahren neu ausgeprägt und beinhaltet auch eine optimierte Drucker- und Kopiererkonzeption.

Einsparvolumen jährlich:	-	--,-- €
--------------------------	---	---------

Gesamt 13 Verbindliches Fortbildungskonzept aufstellen (Paket 2)

Ein Fortbildungsrahmenplan zur Verbesserung der Fach-, Sozial und Methodenkompetenz wird erstellt. Der bisherige finanzielle Rahmen mit jährlich durchschnittlich ca. 180.000,- € darf hierbei nicht überschritten werden.

Gesamt 14 Maßnahmen zur Personalentwicklung einführen (Paket 2)

Maßnahmen zur Personalentwicklung werden Zug um Zug eingeführt. Ein jährliches Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch und ein jährliches Gespräch zur Feststellung der Leistung und des Leistungsentgeltes halten wir für zielführend. Eine Umsetzung parallel zum laufenden Projekt Schuldenbremse wird aus Zeit- und Kapazitätsgründen für problematisch erachtet.

Gesamt 15 Einführung strategische Zielbildung und -steuerung (Paket 2)

Die Empfehlung zur Einführung einer strategischen Zielbildung und –steuerung vermag zu dem finanzwirtschaftlichen Ziel, die Haushaltsstruktur der Stadt mittelfristig um 5 Mio. € zu verbessern, keinen weiteren Beitrag zu leisten. In Verknüpfung mit dem Projekt Schuldenbremse ist auf ihre Umsetzung zu verzichten.

Gründe:

Die Empfehlung Gesamt Nr. 15 verknüpft das hier zu verfolgende Ziel der Verbesserung der Haushaltsstruktur mit so genannten strategischen Zielen. Hierbei - so die Erläuterung - soll u. a.

die Positionierung der Stadt in Bezug auf Leistungen der Daseinsvorsorge im Verhältnis zu anderen öffentlich rechtlichen Körperschaften oder die Ausrichtung der städtischen Leistungen nach Zielgruppenwirksamkeit und strategischer Priorität formuliert werden. Mit weiteren in den Erläuterungen skizzierten Teilzielen soll eine Wirtschaftlichkeitsverbesserung erreicht werden.

Die Verknüpfung des Projekts Schuldenbremse mit der Einführung einer strategischen Zielbildung erscheint „aufgesetzt“. In dem hier zugrunde liegenden mittelfristigen Zeitraum ist ein das Projekt der Schuldenbremse fördernder Beitrag nicht zu erwarten.

Strategische Ziele kann die Politik dergestalt formulieren, dass sie sehr allgemein gehalten sind und praktisch in ein „Wunschkonzert ohne Steuerungswirkung“ übergehen. Tatsächlich steuernd wirken Ziele jedoch nur, wenn ein Teil der städtischen Leistungen mit Priorität und dem entsprechend andere Leistungen der Daseinsvorsorge mit Nachrang versehen werden. Ob eine derartige Priorisierung – und damit einhergehend der Nachrang anderer Aufgaben der Daseinsvorsorge – dem landesplanerischen Ziel und damit dem Auftrag der Stadt als Mittelzentrum in der Rhein – Main – Region gerecht wird, erscheint zumindest fraglich. Die zusätzlichen gesetzlichen Vorgaben für die Vorhaltung und auch Standardisierung kostenträchtiger Aufgaben der Daseinsvorsorge verschärfen die Fragestellung.

Die aktuell anstehende Weichenstellung für die Schuldenbremse erfordert ein solidarisches Verhalten aller Träger und Verantwortlichen der Aufgaben der Daseinsvorsorge. Alle gemeindlichen Leistungsbereiche müssen einen Beitrag zur Schuldenbremse leisten. Diesem von Kienbaum ja selbst gewählten Ansatz widerspricht ihre Forderung nach einer strategischen Zielbildung, mit der bestimmten Leistungsbereichen Priorität zugeordnet wird.

Die Empfehlung von Kienbaum mag zielführend sein, wenn Überschüsse erwirtschaftet werden, die zielgruppenwirksam verwendet werden sollen. Im so genannten „politisch mühseligen Geschäft“ des Abbaus von Kassenkrediten kann sie keinen fördernden Beitrag leisten. Unabhängig von der aktuellen Situation der Schuldenbremse erscheint Skepsis gegenüber der Wirkung von Zielbildungssystem angebracht. Die Praxis solcher Systeme zeigt deren Wirkungslosigkeit unter der Bedingung einer Haushaltssanierung – hier kann auch das Zielsystem des Kreises Offenbach als Beispiel herangezogen werden.

Gesamt 16 Stärkere Steuerung der Haushaltsaufstellung und –vollzug (Paket 2)

Eine stärkere Steuerung der Haushaltsaufstellung und –vollzug wird durch Ausrichtung auf die Ziele und Maßnahme des Projekts Schuldenbremse umgesetzt. Diese sind in der Aufstellung des Haushalts zu berücksichtigen.

Gesamt 17 Stärkere Steuerung der freiwilligen Leistungen (Zuwendungscontrolling) (Paket 1)

Ein Zuwendungscontrolling ist im Laufe des Jahres 2012 durch den Fachbereich Finanzen und Controlling einzuführen.

FB 1	8	Anpassung der Personalausstattung	FB 1 (Paket 1)
FB 2	12	Anpassung der Personalausstattung	FB 2 (Paket 1)
FB 3	19	Anpassung der Personalausstattung	FB 3 (Paket 1)
FB 6	5	Anpassung der Personalausstattung	FB 6 (Paket 1)
FB 7	13	Anpassung der Personalausstattung	FB 7 (Paket 1)
FB 8	10	Anpassung der Personalausstattung	FB 8 (Paket 1)

Bei den Maßnahmen, die eine allgemeine Wirtschaftlichkeitsverbesserung des Fachbereichs zum Gegenstand haben (FB1 Nr. 8, FB 2 Nr. 12, FB 3 Nr. 19, FB 6 Nr. 5, FB 7 Nr. 13 und FB 8 Nr. 10), wird ein Konsolidierungsbeitrag in voller Höhe des Kienbaumvorschlags verpflichtend vorgegeben. Im Vorbericht zum Stellenplan sind die Stelleneinsparungen tabellarisch darzustellen. Eine Umsetzung in kw-Vermerke ist für den Stellenplan 2013 vorzunehmen. Bis dahin ist die organisatorische Zuordnung der Stelleneinsparung durch die Verwaltung zu definieren.

	Personalkosten (brutto)
Einsparvolumen jährlich FB 1: Entspricht 4 VZK	-280.000,-- €
Einsparvolumen jährlich FB 2: Entspricht 3,3 VZK	-231.000,-- €
Einsparvolumen jährlich FB 3: Entspricht 4,4 VZK	-306.000,-- €
Einsparvolumen jährlich FB 6: Entspricht 3,65 VZK	-254.000,-- €
Einsparvolumen jährlich FB 7: Entspricht 5,1 VZK	-355.000,-- €
Einsparvolumen jährlich FB 8: Entspricht 1,8 VZK	-126.000,-- €
Einsparvolumen gesamt: Entspricht 22,95 VZK	-1.552.000,-- €

FB 1 1 Erstattung für Verkehrsabsicherung bei Veranstaltungen (Paket 1)

Die Veranstaltungsträger sind an den Kosten der Absicherung angemessen zu beteiligen. Das Einsparungsziel soll hierbei erreicht werden.

Einsparvolumen jährlich:	-7.000,-- €
--------------------------	-------------

FB 1 2 Erhöhung Gebühren für Sondernutzungen (Paket 1)

Die Gebühren für Sondernutzungen sind anzupassen. Das Einsparungsziel soll hierbei erreicht werden.

Einsparvolumen jährlich:	-5.000,-- €
--------------------------	-------------

FB 1 3 Parkraumbewirtschaftung prüfen (Paket 2)

Der Vorschlag einer Parkraumbewirtschaftung wird nicht umgesetzt, weil Aufwand und Ertrag in keinem wirtschaftlichen Verhältnis zueinander stehen. Auf die ausführliche Stellungnahme des Fachbereichs insb. in Bezug auf die negativen Erfahrungen der Nachbarstädte, wird verwiesen.

Einnahmeerhöhung jährlich:	
----------------------------	--

FB 1 4 Überwachungspraxis Verkehr (Paket 1)

Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs ist auf 2 Personen zu begrenzen. Der Richtwert von Kienbaum 35 Verstöße / Tag und MA ist dabei einzuhalten. Sonderdienste sind aufzulisten und auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und die hierfür derzeit vorgesehenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ggf. durch eine Sonderbeauftragung zu ersetzen. Der Vertrag mit Securitas ist auf den Umfang einer Vollzeitstelle zu begrenzen.

Einsparvolumen jährlich:	-50.000,-- €
--------------------------	--------------

FB 1 5 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Bücherei (Paket 1)

In Verbindung mit der Stellungnahme des Fachbereichs wird empfohlen, die zwei vakanten Planstellen zu streichen. Eine weitere Reduzierung würde die Schließung aller Außenstellen erfordern. Durch die Entscheidung für die Stadtteilbücherei Götzenhain als Kooperationsprojekt mit dem Kreis Offenbach ist dies nicht mehr möglich.

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



Einsparvolumen Personalkosten jährlich: davon 0,1 Planstelle ohne Budget	-125.000,-- €
-----------------------------------------------------------------------------	---------------

- FB 1 6 Prüfung der Öffnungszeiten Bürgerbüro (Paket 1)**
- FB 8 9 Reduzierung Öffnungszeiten Rathaus / Infotheke (Paket 1)**

Der Magistrat wird beauftragt, den Vorschlag von Kienbaum umzusetzen und den Prüfungszeitraum auf 6 Monate festzulegen und im Anschluss über das Prüfergebnis zu berichten.

Einsparvolumen Personalkosten jährlich: Zuordnung in Tabelle unter Maßnahme FB 8 Nr. 9 (berechnet ohne Arbeitsplatzkosten und Verwaltungsgemeinkosten nach KGSt)	-49.000,-- €
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------

FB 1 7 24-h Dienst der Feuerwehr überprüfen (Paket 2)

Der 24-Stundendienst in der derzeitigen Form ist nicht fortzuführen. Es ist eine alternative Umsetzung für einen Bereitschaftsdienst zu konzipieren der auf eine erforderliche Mindestsicherung der Einsatzfähigkeit abstellt und der Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 2.10.2012 und ggf. vorheriger Fachausschüsse vorzulegen.

Die außerdem durch Kienbaum vorgeschlagene Verdichtung der Standorte wird nicht verfolgt, da der dann fehlende Stadtteilbezug zu einem deutlichen Rückgang der Bereitschaft zu freiwilligem Engagement und damit zu einer Erhöhung der Anzahl der erforderlichen hauptamtlichen Einsatzkräfte führen würde. Damit wäre ein wirtschaftlicher Vorteil nicht zu erreichen.

- FB 2 1 Anpassung der Kita-Gebühren (Paket 1)**
- FB 2 2 Anpassung der Betreuungsschlüssel Kita auf MindestVO (Paket 1)**
- FB 2 3 Anpassung Zuschüsse an freie Träger U3-Betreuung (Paket 1)**
- FB 2 4 Anpassung Zuschüsse an freie Träger Kita-Betreuung (Paket 1)**

1 Anpassung der Kita-Gebühren

„Die Kita-Gebühren werden wie folgt angepasst:

Bezeichnung	Gebühr ab 1.1.2012	Gebühr bisher	Mittelwert Kreis	höchster Wert Kreis
Kita				
Teilzeitbetreuung (vormittags bis 12.30)	90 €	56 €	94 €	115 €
Über-Mittags-Betreuung (bis 14 Uhr)	110 €	81 €	113 €	131 €
Nachmittags-Betreuung (bis 15 Uhr)	135 €	86 €	136 €	168 €
Ganztagsbetreuung	180 €	96 €	151 €	190 €
U3 (Krabbler)				
Krabbelstubenbetreuung (bis 15 Uhr)	220 €	160 €	219 €	309 €
Krabbelstubenbetreuung (bis 17 Uhr)	260 €	190 €	228 €	310 €
Hortbetreuung	180 €	100 €	152 €	190 €
Verpflegungsentgelt	40 €	36 €	55 €	60 €

Der jährliche Mehrerlös für die Stadt Dreieich durch die Gebührenanpassung beträgt 495 T€ (davon 471 T€ Gebühren und 24 T€ Verpflegungsentgelt).“

Antrag der Grüne/BI-Fraktion

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten, inwieweit nach Familieneinkommen gestaffelte Betreuungsgebühren eingeführt werden können, die über die regulären Gebührensätze hinaus gehen:

1. es ist eine Familien-Einkommengrenze vorzuschlagen, bis zu der die regulären Gebührensätze gelten;
2. der Vorschlag soll definieren, welche Einkommen zum Familieneinkommen zu zählen sind;
3. es sind ca. 2-3 Einkommensstufen vorzusehen (z.B. 60.000,00 €, 80.000,00 € und/oder 100.000,00 € Jahresbruttoeinkommen oder einem entsprechenden Monatsbrutto = Jahresbrutto/12), für die Gebührensätze gelten, die über die regulären Gebührensätze hinausgehen. Die Vollkosten des jeweiligen Betreuungsangebotes sind zu ermitteln. Die einkommensabhängigen Gebührensätze sollen sich an diesen orientieren;
4. es sind alternativ Modelle zu prüfen, die a) einen Einkommensnachweis verlangen und b) von freiwilligen Angaben der Eltern ausgehen.

Auf gängige Gebührenmodelle, die bereits in Deutschland bzw. Hessen praktiziert werden, ist bei der Prüfung zurückzugreifen.

2 Anpassung der Betreuungsschlüssel Kita auf MindestVO

Der bisherige Standard der Stadt Dreieich soll erhalten bleiben.

3 Anpassung Zuschüsse an freie Träger U3-Betreuung

Der Zuschüsse zur Förderung freier Träger von Krabbelstuben wird von 290 € auf 265 € reduziert.

4 Anpassung Zuschüsse an freie Träger Kita-Betreuung

Der Zuschüsse zur Förderung freier Träger (hier: konfessionelle Träger) im Kita-Bereich werden um die Erhöhung der Einnahmen durch die Gebührenanpassung nach 1. reduziert.

Einnahmeerhöhung jährlich aus Maßnahme FB 2/1	+495.000,-- €
Einsparpotential jährlich aus Maßnahme FB 2 /3	-30.000,-- €
Einsparpotential jährlich aus Maßnahme FB 2/4	-110.000,-- €

FB 2 5 Kinder- und Jugendförderung (mehrere Einzelschlüsse) (Paket 2)

Nachfolgende freiwilligen Leistungen werden reduziert bzw. eingestellt:

<u>Im Produkt Kinder- und Jugendförderung:</u>	<i>Einspareffekt</i>
<p>1. Das Sommerspielmobil wird ab der kommenden Saison (Mai 2012) eingestellt. Die Honorarkräfte werden im Umfang von 3.500 € als Zuschuss für Spielangebote im Forum Sprendlingen Nord zur Verfügung gestellt, damit ein Mindest-Angebot im Sommer erhalten bleiben kann.</p> <p>Volumen 32.000 € (davon ca. 21.000 € Personalkosten für geringfügig Beschäftigte, 13.500 € Personalkosten für hauptamtliche Kräfte (in Ziffer 2. dargestellt), 2.500 € für Sachkosten, abzgl. 3.500 € Zuschuss)</p>	<p>20.000 €</p> <p>Haushalt 2013: 20T€</p>
<p>2. Die Angebote in den Jugendeinrichtungen werden reduziert. Hierzu sollen die bis 30.06.2012 (0,5 Stelle) bzw. 31.12.2013 befristeten Stellen (1,0 Stelle) genutzt werden und eine Reduzierung im Umfang von insg. 1,0 Stellen umgesetzt werden.</p>	<p>35.000 €</p> <p>Haushalt 2013: 17,5T€</p> <p>Haushalt 2014: 17,5T€</p>

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



3. Eine weitere Reduzierung im Umfang von 16.000 € soll darüber hinaus berücksichtigt werden. Dazu zählt die Reduzierung der allg. Zuschüsse für die Jugendarbeit (4.000 €) und die konzeptionelle Reduzierung/Veränderung der kommunalen Jugendarbeit (12.000 €)	16.000 € <i>Haushalt 2013: 16T€</i>
4. Ein Ferienspiel-Block (180 Kinder) wird ab dem Haushaltsjahr 2013 gestrichen. Die Kapazität der Ferienspiele 1 wird erhöht. Zudem sollen die Dreieichhörnchen zwischen 50 und 100 Kindern Ferienspiele auf ihrem Gelände und in eigener finanzieller Verantwortung übernehmen. Im Gegenzug werden die Zuschüsse für die Dreieichhörnchen nicht reduziert.	27.000 € <i>Haushalt 2013: 27T€</i>

<u>Im Produkt Förderung von Schulen:</u>	<i>Einspareffekt</i>
1. Die Zuschüsse für die Hausaufgabenbetreuung an den Schulen (organisiert durch die Schulen) werden bis 2013 eingestellt.	22.900 € <i>Haushalt 2013: 22,9T€</i>
2. Die Zuschüsse für die pädagogische Betreuung an der Max-Eyth-Schule werden eingestellt. Es ist zu keiner neuen kreisweiten Vereinbarung gekommen.	8.000 € <i>Haushalt 2013: 8T€</i>
3. Die intensive pädagogische Begleitung der Fördervereine der Schulen bei dem Aufbau der Ganztagsbetreuung ist vorerst abgeschlossen. Daher kann die Altersteilzeit der hierfür bisher zuständigen Mitarbeiterin genutzt werden um eine weitere Reduzierung der Personalkosten (25 Std.-Stelle – 18 Std. Produkt 02.02.03 und 7 Std. Produkt 02.02.02) zu erreichen.	32.000 € <i>Haushalt 2013: 32T€</i>

Einsparvolumen jährlich: Davon Personalkosten 1,65 VZK:	-165.900,-- €
------------------------------------------------------------	---------------

FB 2 6 Budgetdeckelung Seniorenberatung (Paket 2)

<u>Im Produkt Seniorenberatung:</u>	<i>Einspareffekt</i>
1. Die Produkte Seniorenberatung und Hilfen in persönlichen Notlagen sind vernetzt zu betrachten. Für beide Leistungen werden derzeit 6,0 VZK eingesetzt. Hier kann eine Reduzierung von 0,5 VZK erfolgen, ohne dass eine signifikante Einschränkung des Leistungsangebots erfolgen muss. Die Umsetzung soll im Zusammenhang mit dem Ausscheiden einer Mitarbeiterin im März 2014 erfolgen. <i>Einspareffekt 35.000 € (Personal: 25 T€)</i>	35.000 € <i>Haushalt 2014: 35T€</i>
2. Auf eine der beiden Stadtranderholungen wird verzichtet.	5.000 € <i>Haushalt 2013: 5T€</i>
3. Die Ansätze für Veranstaltungen „Zukunftswerkstatt“ und Netzwerk-Koordination werden von 7.100 € (Ansatz 2010) auf 5.200 € (ab 2013) reduziert. Evtl. darüber hinaus gehende Bedarfe sollen ausschließlich kostenneutral über Kooperationspartner erschlossen werden. <i>Anm.: anteilige Kürzung von 3.600 € auf 1.900 € gem. HAFI 27.3.12 lfd. Antrag Nr. 15 (s. auch Nr. 8)</i>	1.900 € <i>Haushalt 2013: 1,9T€</i>

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



4. Für die Seniorenclubs und Interessengruppen werden nur noch die Kosten für Referenten (Programminhalte) übernommen.	3.500 € <i>Haushalt 2013: 3,5T€</i>
5. Die freiwilligen Zuschüsse für die Kreis-AWO (Fahrdienste) wurden bereits in den HH-Plan 2012 nicht mehr eingestellt.	14.000 € <i>Haushalt 2013: 14T€</i>
6. Der Vertrag mit der Diakoniestation Pflegedienste ist neu zu verhandeln. Dabei ist die Zuschusshöhe zu reduzieren.	15.000 € <i>Haushalt 2014: 15T€</i>
7. Der Vertrag mit dem Diakonischen Werk für die Winkelmühle ist neu zu verhandeln. Dabei ist die Nutzungsintensität und damit die Flächeninanspruchnahme im Zusammenhang mit dem Produkt Seniorenberatung zu optimieren. <i>Einspareffekt 15.000 € (interne Miete, erschlossen durch Verlegung von Räumen der städt. Seniorenberatung aus dem Rathaus in die Winkelmühle i.Zus. mit Zusammenlegung von Standorten Baubereich in das Rathaus)</i>	15.000 € <i>Haushalt 2014: 15T€</i>
<u>Im Produkt Stadtteilarbeit:</u>	
8. Die Teilprojekte im Produkt „Stadtteilarbeit“, die von der Seniorenberatung verantwortet werden (Quartiersprojekt Sprendlingen Mitte und Demografischer Wandel) werden reduziert <i>Anm.: anteilige Kürzung von 6.000 € auf 3.200 € gem. HAFI 27.3.12 lfd. Antrag Nr. 15 (s. auch Nr. 3)</i>	3.200 € <i>Haushalt 2013: 3,2T€</i>

Einsparvolumen jährlich:	-93.600,-- €
Davon Personalkosten 0,5 VZK:	-25.000,-- €

FB 2 7 Einstellung Rentenberatung (Paket 1)

Der Maßnahmenvorschlag zur Einstellung der Rentenberatung von Kienbaum wird umgesetzt.

Einsparvolumen Personalkosten jährlich:	-52.000,-- €
-----------------------------------------	--------------

FB 2 8 Budgetdeckelung Behindertenbetreuung (Paket 2)

<u>Im Produkt Behindertenbetreuung:</u>	<i>Einspareffekt</i>
1. Beim Freitags- und beim Nachtschwärmer-Club werden die Vor- und Nachbereitungszeiten je Club um 60 Min. für die Teamer reduziert.	4.100 € <i>Haushalt 2013: 4,1T€</i>
2. Die Nachbarkommunen werden – nach der Bürgermeisterdienstversammlung (dort war die Behindertenarbeit Thema) von Ende November – erneut angeschrieben. Anforderung 160 € Monat/1.920 € Jahr/TN. <i>Einspareffekt 8.000 € (Zielwert)</i>	8.000 € <i>Haushalt 2013: 8T€</i>

3. Reduzierung der Freizeitdauer bei - den „Kleinen Strolchen“ und des „Teenie-Clubs“ auf 10 Nächte (11 Freizeittage) und - den drei Erwachsenenfreizeiten auf 7 Nächte (8 Freizeittage).	8.000 € <i>Haushalt 2013: 8T€</i>
4. Reduzierung des Aufwands der Freizeiten für ältere Jugendliche und Erwachsene (ohne Elternentlastungseffekt) bei Beibehaltung der jährlichen Durchführung	10.000 € <i>Haushalt 2013: 10T€</i>

Einsparvolumen jährlich:	-30.100,-- €
--------------------------	--------------

FB 2 9 Budgetdeckelung Integrationsmaßnahmen (Paket 2)

<u>Im Produkt Integration:</u>	<i>Einspareffekt</i>
1. Das internationale Sommerfest wird ab 2012 nicht mehr durch die Stadt finanziell unterstützt. Eine Durchführung durch Dritte auf Basis anderer finanzieller Mittel bzw. ohne externe Angebote wird ausdrücklich begrüßt. Die Stadt Dreieich hilft dem Ausrichter administrativ im Rahmen ihrer Möglichkeiten.	10.000 €

Einsparvolumen jährlich	-10.000,-- €
-------------------------	--------------

FB 2 10 Reduzierung Zuschüsse für Hilfe in persönlichen Notlagen (Paket 2)

Die Maßnahmenempfehlung von Kienbaum wird abgelehnt. Es handelt sich bei den Zuschüssen bereits um Kooperationsprojekte, die aus eigenen Kräften der Stadt nur zu wesentlich höheren Kosten angeboten werden könnten.

Einsparvolumen jährlich:	0,-- €
--------------------------	--------

FB 2 11 Überprüfung Zuschüsse für Bildungseinrichtungen (Paket 1)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird umgesetzt. Die Zuschüsse an die Musikschule und die Volkshochschule werden um weitere 5 % gekürzt.

Einsparvolumen jährlich:	-8.000,-- €
--------------------------	-------------

FB 3 1 Reduzierung Personal Stadtplanung (Paket 2)

Die Maßnahmenempfehlung von Kienbaum wird umgesetzt.

Einsparvolumen Personalkosten jährlich:	-70.000,-- €
-----------------------------------------	--------------

FB 3 2 Reduzierung Personal Tiefbau (Paket 2)

Die Verwaltung wird unter Würdigung der Ergebnisse der 142. Prüfung, der Kienbaum-Benchmarks und interner Untersuchungsergebnisse eine Prüfung und Ermittlung des Personalbedarfs vornehmen und hierbei berücksichtigen, welche Leistungen intern erbracht werden können, und welche an private Unternehmen aufgrund fachlicher Anforderungen vergeben werden sollten.

Einsparvolumen jährlich FB 3:	-	€
-------------------------------	---	---

FB 3 3 Insourcing Generalverkehrsplan und Kanalkataster (Paket 2)

Die Maßnahme ist im Verbund mit FB 3 Maßnahme 1 zu bewerten. Eine weitere Einsparung über diese Maßnahme hinaus ist nicht realistisch.

Einsparvolumen jährlich FB 3:		--- €
-------------------------------	--	-------

FB 3 4 Verzicht auf verdeckte Zuschüsse (Entgelt hierfür verlangen) (Paket 1)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird umgesetzt. Dabei sollen die Dienstleistungen und Bereitstellung von Maschinen durch den Bauhof im Zuge der Neukonzeption des Bauhofs zukünftig in Rechnung gestellt werden. Darüber hinaus soll die zur Verfügung Stellung von Grund und Boden oder Gebäude incl. der Betriebskosten künftig durch eine Vertragsänderung wertmäßig transparent gemacht werden. Anzustreben ist eine Entgeltvereinbarung, wobei die Entgelte durch städtische Zuschüsse ganz oder teilweise finanziert werden. Die von Kienbaum vorgeschlagene Konsolidierungssumme sollte nach Möglichkeit dabei erreicht werden.

Einsparvolumen jährlich:		-19.000,-- €
--------------------------	--	--------------

FB 3 5 Schließung und Verkleinerung Spiel- und Bolzplätze (Paket 2)

Der Magistrat wird gebeten eine Konzeption zur Schließung und Verkleinerung der Spiel- und Bolzplätze im wesentlichen Umfang zu erarbeiten und diese der Stadtverordnetenversammlung für deren Sitzung am 2.10.2012 bzw. vorheriger Fachausschüsse vorzulegen. Hierbei soll auch geprüft werden, ob und mit welchen planerischen Erfordernissen die Flächen anschließend als Baugrundstücke ausgewiesen werden können. Aufgrund der aus unserer Bewertung gegenüber Kienbaum geringeren Werthaltigkeit der zu erschließenden Flächen wird das Konsolidierungsvolumen reduziert auf 50 % der angegebenen Größe.

Einsparvolumen jährlich:		-57.000,-- €
Davon Personalkosten 0,1 VZK:		-7.000,-- €

FB 3 6 Verzicht auf Brückensanierung und Rückbau (Paket 2)

Der Magistrat wird gebeten eine Konzeption zur Reduzierung der Brückenbauwerke zu erarbeiten mit dem Ziel, die Aufwendungen für die Brückensanierung zu reduzieren. Eine Einsparung ist jedoch realistischer Weise nicht um alle Sanierungskosten zu erreichen, daher können nur 20 % dieser Kosten angesetzt werden. Die Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung für deren Sitzung im Juni vorzulegen.

Einsparvolumen jährlich		-20.000,-- €
-------------------------	--	--------------

FB 3 7 Verzicht auf freiwillige Veranstaltungen Umweltschutz (Paket 1)

Die vorgeschlagene Maßnahme wird in Höhe von 9.000,00 € für den Personalaufwand bzgl. Lokale Agenda 21 und das Äppelfest umgesetzt. Alle anderen Aufgaben - insbesondere das Projekt '100 Kommunen für den Klimaschutz' - werden weiterhin durchgeführt.

Einsparvolumen jährlich		-9.000,-- €
davon Personalkosten jährlich:		-4.000,-- €

FB 3 8 Insourcing Haus- und Sperrmüllabfuhr (Paket 2)

Eine dauerhafte Umsetzung der Empfehlung erfolgt zunächst nicht. Neben der notwendigen und sowohl über die Haushaltspläne als auch die Gebührenkalkulation vorgesehenen Anschaffung eines neuen Müllfahrzeuges ist zunächst ein weiterer Mitarbeiter ab 01.01.2013 befristet einzustellen, bis die Auswirkungen der Novelle des KrW-/AbfG auf die Verwertung und Beseitigung des Abfalls und auch die abschließenden Ergebnisse der Untersuchung sowie die entsprechenden Beschlüsse zur beabsichtigten Neuorganisation des baubetrieblichen Bereichs durch interkommunale Zusammenarbeit mit Neu-Isenburg vorliegen.

Der Magistrat wird gebeten, sodann zum gegebenen Zeitpunkt die Abfallwirtschaftskonzeption der Stadt im Zusammenwirken mit Neu-Isenburg und dem Kreis zu überarbeiten und hierbei auf die Frage Insourcing/Outsourcing einzugehen. Ein maßstabsgerechter Kostenvergleich zwischen der Erbringung der Dienstleistung in eigener Regie und über private Erfüllungsgehilfen ist vorzunehmen.

Einsparvolumen jährlich:	Keine Anrechnung, da kostenrechnende Einrichtung
--------------------------	-----------------------------------------------------

FB 3 9 Straßenbeleuchtung einschränken (Paket 2)

Die Maßnahmenempfehlung ist der Höhe nach umzusetzen. Die Ergebnisse des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 13.12.2011 zur Prüfung der Reduzierung der Straßenbeleuchtung mit Berichtspflicht bis 31.3.2012 ist dabei zu berücksichtigen.

Einsparvolumen jährlich:	-89.000,-- €
--------------------------	--------------

FB 3 10 Stilllegung städtischer Brunnen (Paket 2)

Auf eine Stilllegung der Fontänen im Burgweiher und im Bürgerpark sollte verzichtet werden. Im Übrigen sollten die weiteren Brunnen überprüft werden hinsichtlich ihres ortsbildenden und historischen Charakters. Ferner sollten alternative Finanzierungsformen betrachtet werden, z.B. Patenschaften. Die Ergebnisse der Untersuchung sind der Stadtverordnetenversammlung für deren Sitzung im 2.10.2012 und relevanter vorheriger Fachausschüsse vorzulegen.

Einsparvolumen jährlich:	Zu prüfen
--------------------------	-----------

FB 3 11 Standardreduzierung Straßenreinigung (Paket 1)

Der Vorschlag des Fachbereichs soll umgesetzt werden. Die Straßenreinigung soll zunächst für einen Testzeitraum von zwei Jahren auf ein 14-tägiges Intervall umgestellt werden. Markante Problem-Punkte sollen dabei festgestellt werden und gezielte Maßnahmen erwogen werden.

Einsparvolumen jährlich: siehe Stellungnahme/ Berechnung FB 3	-140.000,-- €
------------------------------------------------------------------	---------------

FB 3 12 Fuhrparkoptimierung (Paket 2)

Die Maßnahme sieht eine Modernisierung des Fuhrparks vor und empfiehlt in diesem Zusammenhang verschiedene Beschaffungs- und Finanzierungsmodelle auf ihre Wirtschaftlichkeit zu bewerten. Die Abarbeitung der Maßnahme wird durch das mit der Erstellung des Gutachtens für die Interkommunale Zusammenarbeit beauftragte Unternehmen Gecon erfolgen. Dabei wird das von Kienbaum genannte Einsparvolumen als Mindestvorgabe formuliert.

Einsparvolumen jährlich FB 3:	-33.000,-- €
-------------------------------	--------------

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



FB 3 13 Überprüfung der Pachtverträge (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag zur Anhebung der Pachtbeiträge wird umgesetzt. Die Einnahmesteigerung von 4.000,-- € wird als Mindestwert vorgegeben.

Einnahmeerhöhung jährlich FB 3:	+4.000,-- €
---------------------------------	-------------

FB 3 14 Kontrolle der Aufgrabungen öffentlicher Verkehrsflächen (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag eine Planstelle für die Kontrolle und Abnahme der Straßenaufbrüche zu schaffen wird umgesetzt. Gleichzeitig wird die Verwaltungskostensatzung ergänzt, und zwar in Form eines weiteren Gebührentatbestandes zum Zwecke der Genehmigung des Aufbruchs.

Personalkosten neu jährlich:	+70.000,-- €
Einnahmen jährlich:	70.000,-- €

FB 3 15 Verkauf des Stadtforstes prüfen (Paket 2)

Auf den Verkauf des Stadtforstes wird verzichtet.

Zinseinsparung jährlich:	- €
Davon Personalkosten	- €

FB 3 16 Schließung der Lagerhöfe und Verkauf der Flächen (Paket 2)

Dem Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird nicht gefolgt. Bis zur Umgestaltung der Sammelinfrastruktur der Abfall- und Wertstoffe (z.B. Wertstofftonne) sind dezentrale Lagerhöfe insbesondere für Grünschnitt wenn möglich in allen Stadtteilen vorzuhalten.

Einsparvolumen jährlich:	-- €
--------------------------	------

FB 3 17 Ausgliederung des Bauhofs (Paket 2)

Die Umsetzung erfolgt in Abhängigkeit zu dem Gutachten, das die beiden Städte in Auftrag gegeben haben.

Einsparvolumen jährlich:	Keine Angaben
--------------------------	---------------

FB 3 18 Aktive Steuerung Verkauf unbebauter Grundbesitz (Paket 2)

Der Magistrat wird gebeten, den Bestand der marktfähigen Grundflächen zu ermitteln und ein Verwertungskonzept zu erarbeiten, und zwar mit dem primären Ziel die von Kienbaum aufgezeigten Verkaufserlöse von insgesamt 2,25 Mio. € innerhalb der nächsten 10 Jahre zu erreichen. In dem Konzept ist weiterhin darüber Auskunft zu geben, welche Grundstücke aus städtebaulicher Sicht im städtischen Eigentum verbleiben oder als Tauschgrundstücke eingesetzt werden könnten. Der jährlich im Ergebnisbereich anzurechnende Konsolidierungsbeitrag muss auf Grund einer fehlerhaften Berechnung von Kienbaum von 250 T€ auf 52 T€ reduziert werden.

Zinseinsparung jährlich:	-51.750,--
--------------------------	------------

FB 5 1 Reduzierung Stellenausstattung Wirtschaftsförderung (Paket 2)

Seite 13	03.05.2012
T:\07\SCHULDENBREMSE\Maßnahmencontrolling\Bericht an Fraktionsvorsitzende und VL-Produktverantwortung\Beschlusslage Projekt Schuldenbremse 24_04_2012_2.doc	

„Dem Maßnahmenvorschlag zur Reduzierung um zwei Planstellen von Kienbaum wird nicht gefolgt.

Die vakante Stelle ist alsbald zu besetzen und u.a. mit der Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Stadtmarketing/Citymanagement zu betrauen.“

Einsparvolumen Personalkosten jährlich:	-- €
-----------------------------------------	------

FB 6 1 Beteiligung Holding und BGH an Portfoliobeirat (Paket 1)

Der Fachbereich wird die Anregung aufgreifen und zur nächsten Sitzung des Portfoliobeirats (voraussichtlich Oktober 2011) einen Vertreter der Stadt-Holding und der Bürgerhäuser einladen. Hierbei soll auch speziell auf das Thema cash-pooling eingegangen werden. Die Möglichkeiten des cash pooling werden aber in Übereinstimmung mit Kienbaum zumindest derzeit aufgrund der Cash-Bestände in den Beteiligungen als eher klein angesehen.

FB 6 2 Erhöhung Hundesteuer und Bestandsaufnahme (Paket 1)

2.1 Erhöhung Hundesteuer

Die Hundesteuer wird zum 1.1.2012 wie nachfolgend dargestellt erhöht:

erster Hund	60 €
zweiter Hund	86 €
dritter Hund	116 €
gefährlicher Hund	500 €
weiterer gef. Hund	650 €

Hunde, die aus dem Tierheim Dreieich an private Halter abgegeben werden, sind von der Hundesteuer befreit.

2.2. Durchführung einer Bestandsaufnahme

Die Durchführung einer Hundebestandsaufnahme wird abgelehnt.

Einsparvolumen 2.1 jährlich:	-23.000,-- €
Einsparvolumen 2.2 jährlich:	-- €

FB 6 3 Aufbau des Controlling in Richtung Kennzahlenorientierung (Paket 1)

Das Controlling soll in Richtung Kennzahlenorientierung erweitert werden und in das Business Intelligence System im Laufe des Jahres 2012 integriert werden.

FB 6 4 Erhöhung Abbucherquote und Reduzierung Nebenkassen (Paket 2)

Die von Kienbaum vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Abbucherquote werden vom Fachbereich bereits durchgeführt (z.B. bei Steuer/Abgabenbescheiden und Zahlungsaufforderungen werden turnusmäßig Abbuchungsvordrucke beigelegt. Außerdem wird für diese bequeme Zahlungsart z.B. bei Telefonkontakten geworben.)

Eine Reduzierung der Nebenkassen und Handvorschusskassen soll angestrebt werden. Entsprechend Gespräche mit den Fachbereichen sind zu führen.

FB 7 1 Einführung Web-gestützten Sitzungsdienstverfahren (Paket 1)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird umgesetzt. Im Übrigen wird auf die Novellierung der HGO verwiesen.

Einsparvolumen jährlich:	-6.000,-- €
--------------------------	-------------

FB 7 2 Verzicht auf Botendienst für Sitzungsunterlagen (Paket 1)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum wird in Verbindung mit Maßnahme Nr. 1 umgesetzt.

FB7 3 Reduzierung der Mandatsträger auf 37 (Paket 2)

Die Anzahl der Mandatsträger bleibt unverändert bei 45.

Die Aufwandsentschädigungen für alle Mandatsträger nach der Entschädigungssatzung sowie die Fraktionszuwendungen werden um 15 % gekürzt, maximal bis zu einer Einsparung von 17.000,-- €..

Einsparvolumen jährlich:	-17.000 €
--------------------------	-----------

FB 7 4 Verzicht auf Hausdruckerei (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag, die Vorhaltung einer eigenen Hausdruckerei aufzugeben und die Arbeiten extern erledigen zu lassen, wird umgesetzt. Die Planstelle wird zum Stellenplan 2013 gestrichen. Das Einsparvolumen ist jedoch nur zu Hälfte zu erreichen, da Aufwendungen für die externe Vergabe der Leistungen entstehen. Diese werden mit jährlich ca. 33.000,-- € kalkuliert.

Einsparvolumen jährlich FB 7: Entspricht 1,0 VZK abzgl. Sachkosten	- 33.000,-- €
-----------------------------------------------------------------------	---------------

FB 7 5 Neuausschreibung Versicherungsleistungen (Paket 1)

Die Versicherungsleistungen sind neu zu ordnen und auszuschreiben. Die neuen Verträge sollen zum 1.1.2013 abgeschlossen werden.

FB 7 6 Durchführungen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei IT-Beschaffungen (Paket 1)

Die EDV-Ausstattung der Verwaltung ist in den Jahren 2008 bis 2010 vollständig erneuert worden. Das Tul-Konzept wird nunmehr nach Abschluss der Maßnahme überarbeitet, der Istzustand dargestellt und die technische Perspektive für die nächsten 5 Jahre aufgezeigt.

FB 7 7 Einführung von Beschlussprotokollen im Sitzungsdienst (Paket 1)

Der Vorschlag des Magistrats wird abgelehnt. Es werden zukünftig gemäß unserer Geschäftsordnung nur noch Beschlussprotokolle unter Nennung der Namen der Redner erstellt.

FB 7 8 Verstärkung der Organisationsarbeit (Paket 1)

Die Organisationsarbeit ist so, wie von Kienbaum vorgeschlagen, auszubauen. Der Stellenplan soll hierfür um eine halbe Stelle erweitert werden.

Personalkosten neu jährlich:	+ 35.000,-- €
------------------------------	---------------

FB 7 9 Standardisierte Dokumentation von Stellenbewertungen (Paket 1)

Die standardisierte Dokumentation von Stellenbewertungen wird im Laufe des Jahre 2012 umgesetzt. Die Aufgabe und Funktion der Bewertungskommission bleiben davon unberührt.

FB 7 10 Reduzierung des Aufwands für Sitzungsdienst (Paket 1)

Die Ausstattung und der Service der Gremiensitzungen mit Getränken soll erhalten werden. Die Mandatsträger üben dieses ehrenamtlich aus. Die Sitzungen sind in der Regel in den Abendstunden. Die Bereitstellung von Getränken ist als Mindeststandard zu erhalten.

FB 7 11 Reduzierung des Aufwands für Vereinsbetreuung (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag, die Planstelle auf eine 0,5 Planstelle zu reduzieren, kann umgesetzt werden. Die Planstelle erhält zum Wirtschaftsplan 2013 einen Kw-Vermerk für 0,5 VZK.

Einsparvolumen Personalkosten jährlich:	-35.000,-- €
-----------------------------------------	--------------

FB 7 12 Reduzierung des Aufwands für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag, im Produkt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine Planstelle künftig wegfallen zu lassen, wird nicht umgesetzt. Die positive Außendarstellung der Stadt Dreieich erfordert eine zentrale Anlaufstelle für die Medienvertretungen. Außerdem wird das Bestreben zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung auch dort erhöhte Anforderungen an den Personalbedarf stellen.

Einsparvolumen jährlich FB 7:	-- €
-------------------------------	------

FB 8 1 Überarbeitung Raumpflegekonzept (Paket 1)

Die Standards der Gebäudereinigung sind zu überprüfen und neu zu definieren im Verhältnis zum Einsparpotential. Auf dieser Grundlage ist die Reinigungsleistung im Laufe des Jahres 2012 neu zu vergeben. Die von Kienbaum dargestellten Richtwerte aus der Untersuchung in NRW sind dabei anzustreben.

Einsparvolumen jährlich:	-200.000,-- €
--------------------------	---------------

FB 8 2 Aufgabe der öffentlichen Toilettenanlagen (Paket 1)

Der Vorschlag des Fachbereichs, die öffentlichen Toilettenanlagen nur noch bedarfsorientiert zu öffnen, wird umgesetzt. Die öffentliche Toilettenanlage in Dreieichenhain sollte an Samstagen und Sonntagen geöffnet bleiben. Die öffentliche Toilettenanlage in Buchschlag soll zum nächst möglichen Zeitpunkt gekündigt werden. Ergänzend wird der Fachbereich beauftragt das Konzept „Nette Toilette“ umzusetzen und mit möglichen Partnern Gespräche zu führen.

Einsparvolumen jährlich:	-15.000,-- €
--------------------------	--------------

FB 8 3 Aufgabe der Minigolfanlagen (Paket 1)

Der Vorschlag des Fachbereichs wird umgesetzt. Angestrebt wird die Überlassung an einen örtlichen Verein oder an einen privaten Betreiber.

Einsparvolumen jährlich:	-14.000,-- €
--------------------------	--------------

FB 8 4 Verzicht auf Untersuchungen zum Energiemanagement (Paket 1)

Seite 16	03.05.2012
T:\07\SCHULDENBREMSE\Maßnahmencontrolling\Bericht an Fraktionsvorsitzende und VL-Produktverantwortung\Beschlusslage Projekt Schuldenbremse 24_04_2012_2.doc	

1. Die vorgeschlagene Maßnahme in Höhe von 15.000,00 € wird nicht umgesetzt. Der Betrag ist im Haushalt 2012 wieder einzustellen.
2. Bis zum 30.06.2012 ist auf Basis der bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse vom Fachbereich Gebäudemanagement ein Maßnahmenkatalog zu erstellen.

Dieser soll Angaben zu Gebäude mit Raumbuch, Art und Umfang der Maßnahme, erzielbarem Energieeinspareffekt, Investitionsvolumen enthalten und eine Aussage treffen, ob die Möglichkeit eines (interkommunalen) Energie-Contractings besteht (gemäß der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung).

Einsparvolumen jährlich:	,-- €
--------------------------	-------

FB 8 5 Senkung der Energiekosten (Paket 2)

Der Energieverbrauch der städtischen Gebäude ist entsprechend der Vorgaben von Kienbaum auch ohne aufwendige energetische Sanierung deutlich zu reduzieren: der Stromverbrauch ist um 20 % und der Heizenergieverbrauch ist um 10 % zu senken. Durch den Fachbereich sind geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der Einsparung zu erarbeiten und umzusetzen.

Einsparvolumen jährlich FB 8:	-85.000,-- €
-------------------------------	--------------

FB 8 6 Reduzierung Unterhaltung und Pflege der Sportanlagen (Paket 2)

Der Aufwand für die Unterhaltung und Pflege der städtischen Sportanlagen (Sportplätze und Sporthalle) ist um 300 T€ p.a. zu reduzieren. Mit den Vereinen sind - für die Sportplätze in der Verbindung mit der Sportplatzkommission - Gespräche über die Konkretisierung der Umsetzung zu führen. Eine diesbezügliche erste Konzeption ist der Stadtverordnetenversammlung für deren Sitzung im Dezember 2012 bzw. vorherige Fachausschusssitzungen vorzulegen.

Gleichzeitig wird zukünftig auf die Erträge aus der Bandenwerbung zugunsten der Vereine voll und ganz verzichtet.

Einsparvolumen jährlich:	-300.000,-- €
Davon Personalkosten 2,5 VZK	abzgl. 1.500,-- € Bandenwerbung
	165.000,-- €

FB 8 7 Anpassung der Hausmeistertätigkeiten (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag, im Bereich der Hausmeistertätigkeiten die Zahl der Planstellen um 1,5 zu reduzieren, wird teilweise umgesetzt. Den Hinweisen des Fachbereichs auf die dezentrale und kleinteilige Gebäudestruktur wird dadurch entsprochen, dass eine Reduzierung nur um eine Planstelle erfolgt, da aufgrund der räumlichen Struktur mit fünf Stadtteilen eine Konzentration der Gebäude nicht möglich ist. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass der Gebäudebestand sich reduziert hat. Die Verwaltung wird im Weiteren einen Kosten-/Leistungsvergleich für die Hausmeistertätigkeiten in eigener Regie oder durch einen privaten Dienstleister durchführen.

Einsparvolumen jährlich FB 8	-50.000,-- €
Entspricht 1,0 VZK	

FB 8 8 Definition von Gebäudeausstattungsstandards (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag wird soweit sinnvoll und möglich umgesetzt. Der Fachbereich 8 wird hierzu einen gebäudespezifischen Vorschlag unter Beteiligung der Nutzer erarbeiten.

Einsparvolumen jährlich FB 8:	--,- €
-------------------------------	--------

R1 1 Reduzierung der Rechtlichen Betreuung (Paket 2)

Der Vorschlag im Referat Recht 0,75 Planstellen zu reduzieren und somit Personalkosten in Höhe von 53.000 € einzusparen wird nicht umgesetzt. Die Qualität der rechtlichen Beratung muss im bestehenden Standard erhalten bleiben. Hier wird insbesondere auf die strategische Beratung für die Verwaltungsführung und die Unterstützung der Fachbereiche, insbesondere des Fachbereichs Planung und Bau in rechtlichen Fragen verwiesen. Der Sekretariatsbereich bleibt in der bestehenden Form und übernimmt die Aufgaben der Betreuung der Ortsgerichte und Schiedsämter aus der Zuständigkeit des FB 7. Im Gegenzug erfolgt dort die personelle Anpassung (FB 7 Nr. 13).

Einsparvolumen jährlich R 1:	-	--,- €
------------------------------	---	--------

R 2 1 Reduzierung der freiwilligen Prüfungen (Paket 1)

Der Vorschlag des Leiters des Referats Rechnungsprüfung wird umgesetzt. Eine Planstelle E 14 TVöD erhält einen Kw-Vermerk. Die Leistungen für die Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für den Gesamtabschluss und die Beratung für die Prüfung des Jahresabschlusses mit einem Gesamtwert von rund 26.000,- € werden künftig nicht mehr in Anspruch genommen.

Einsparvolumen jährlich:	-106.000,- €
davon Personalkosten jährlich	-80.000,- €

BGH 1 Verkauf Bürgertreff Götzenhain (Paket 2)

Der Verkauf des Bürgertreffs Götzenhain soll zurückgestellt werden. Der Bürgerverein Götzenhain wird gebeten, mit Unterstützung der Bürgerhäuser und der Stadtverwaltung ein Konzept für einen kostendeckenden Betrieb des Bürgertreffs Götzenhain durch den Bürgerverein zu erarbeiten. Die Konzeption soll der Stadtverordnetenversammlung innerhalb eines Jahres nach diesem Beschluss zur Entscheidung vorgelegt werden.

Einsparung jährlich:	-
----------------------	---

BGH 2 Verkauf Obertor (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag von Kienbaum, das Obertor zu verkaufen, wird zurückgewiesen. Das Obertor verbleibt im Eigentum der Stadt. Die Kostenneutralität umfasst dabei die Finanzierung der laufenden Betriebskosten und Ansparung angemessener Instandhaltungsrücklagen, sowie Kosten für die Organisation des Betriebs.

Gründe:

Das Obertor ist ein herausragendes Gebäude in Dreieichenhain. Eine „derartige steinerne Spur“ für die Identität des historischen Stadtteils Dreieichenhain hat im Eigentum der Stadt zu verbleiben.

Einnahmenverbesserung jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 1 Senkung des Zuschusses an BGH“</i>	Im Bereich BGH: 2.000,- €
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------

BGH 3 Anpassung Personalkapazitäten (Paket 2)

Da der zu betreuenden Gebäudebestand nicht reduziert wird, sind die einzusparenden Personalkapazitäten entsprechend zu reduzieren. Erreichbar ist unter diesen Bedingungen eine Einsparung von 0,5 Stellen (durch Einsparung Hausmeister- und Reinigung bei Übernahme dieser Tätigkeiten durch Nutzer). Da der Arbeitsplatz kein EDV-Arbeitsplatz ist, sind die Arbeitsplatzkostenansatz abzusenken.

Einsparvolumen Personalkosten jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 1 Senkung des Zuschusses an BGH“</i>	Im Bereich BGH: -25.000,-- € Da der Arbeitsplatz kein EDV-Arbeitsplatz ist, sind die Arbeitsplatzkostenansatz abzusenken.
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

BGH 4 Überarbeitung Veranstaltungsprogramm (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag das Veranstaltungsprogramm im Bereich des Musikabonnements um zwei Veranstaltungen mit geringer Nachfrage zu reduzieren, wird umgesetzt.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 1 Senkung des Zuschusses an BGH“</i>	Im Bereich BGH: -23.000,-- €
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------

BGH 5 Investition Podesterie (Paket 2)

Der Maßnahmenvorschlag wird umgesetzt. Die Podesterie wird erneuert. In Verbindung mit dieser Investition wird eine Planstelle abgebaut.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 1 Senkung des Zuschusses an BGH“</i>	Im Bereich BGH: -62.000,-- €
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------

VBD 1 Taktreduzierung und Anpassung Streckenführung (Paket 2)

Die Taktreduzierung soll durch die VBD überprüft werden auf der Basis ihrer Stellungnahme zu dem Vorschlag. Hierbei sollten auch die Auslastungen der jeweiligen Fahrzeiten ins Verhältnis zum wirtschaftlichen Effekt gesetzt werden. Das Ergebnis ist dem Magistrat bis 30.6.2012 vorzulegen.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 2 Eigenkapitalverzinsung für Holding“</i>	Im Bereich VBD: ,-- €
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------

VBD 2 Entfall Erstausrüstung Sonderfahrten (Paket 2)

Die gut ausgelasteten Angebote, wie z.B. Faschingsbus sollten weiterhin bereitgestellt werden, jedoch sollte hierfür eine kostendeckende Gebühr seitens der Veranstalter oder seitens der Nutzer erhoben werden. Nicht gut ausgelastete Angebote, z.B. Festspielbus, sollten eingestellt werden.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 2 Eigenkapitalverzinsung für Holding“</i>	Im Bereich VBD: -7.000,-- €
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

VBD 3 Neuausschreibung Reinigung Haltestellen (Paket 2)

Beschlusslage Projekt Schuldenbremse

Stand: 24.4.2012 (incl. STVV-Beschluss v. 24.4.2012)



Der Bauhof soll im Rahmen des Projekts zur IKZ mit Neu-Ilsenburg die geforderte Einsparsumme von 30 T€ durch eigene Effizienzoptimierung erschließen. Auf eine Ausschreibung der Leistung wird daher verzichtet.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 2 Eigenkapitalverzinsung für Holding“</i>	Im Bereich VBD: -30.000,-- €
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------

VBD 4 Verzicht auf kostenfreie Fahrplanhefte (Paket 2)

Das Fahrplanheft soll weiterhin über das Internet zur Verfügung gestellt werden, auch mit der Möglichkeit des downloads des gesamten Hefts. Wer dennoch ein gedrucktes Exemplar will, soll dafür einen Kostenbeitrag entrichten und kann dieses über die Stadtwerke oder die Stadtverwaltung vor Ort erhalten.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 2 Eigenkapitalverzinsung für Holding“</i>	Im Bereich VBD -13.000,-- €
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

VBD 5 Verzicht auf laufende Qualitätsüberprüfungen (Paket 2)

Die Anzahl der Qualitätsprüfungen soll auf eine Prüfung pro Jahr reduziert werden. Hierdurch entstehen lt. Angaben des Geschäftsführers ca. 5.000 € an Kosten.

Einsparvolumen jährlich: <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 2 Eigenkapitalverzinsung für Holding“</i>	Im Bereich VBD -26.000,-- €
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------

VBD 6 Alternativvorschlag: Verzicht auf städtisches ÖPNV-Angebot (Paket 2)

Der Vorschlag wird abgelehnt. Auf die Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung XV/087 wird verwiesen.

Einsparvolumen jährlich:	Im Bereich VBD 0,-- €
--------------------------	------------------------------

SHD 1 Schließung Freibad (Vorzugsvariante Kienbaum) (Paket 2)

Dem Maßnahmenvorschlag von Kienbaum zur Schließung eines Bades wird nicht gefolgt, und zwar weder für das Parkschwimmbad noch für das Hallenbad.

Die Holding soll durch Optimierung der Betriebskosten und Änderung der Öffnungszeiten einen Konsolidierungsbeitrag im Bereich der Bäder von mind. 50 T€ erzielen. Ein Umsetzungsvorschlag ist bis 30.6. dem Magistrat in seiner Funktion als Gesellschafterversammlung vorzulegen.

Zusätzlich ist durch Verlagerung der derzeitigen stadteigenen Parkflächen in Größe von ca. 2.500 qm auf das Gelände des Schwimmbads und Erschließung und Vermarktung dieser Teilfläche als Wohnbaufläche eine weiterer Konsolidierungsbeitrag in Höhe der Zinseinsparung von 23 T€ zu erzielen.

Einsparvolumen jährlich:	Im Bereich der Stadt: -23.000,-- € Im Bereich Holding: -50.000,-- € <i>Effekt für städtischen Haushalt durch „Ergänzende Maßnahmen Nr. 2 Eigenkapitalverzinsung für Holding“</i>
--------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Ergänzend 1 Senkung des Zuschusses an die Bürgerhäuser Dreieich (Paket 2)

Der Zuschuss an die Bürgerhäuser Dreieich wird reduziert um 147.000 € entsprechend der Konsolidierungssumme der Maßnahmen BGH Nr. 1 bis 5 und Gesamt Nr. 10 Ziffer 3 und 4. Die Reduzierung erfolgt stufenweise über die Jahre 2012 bis 2014.

Kosteneinsparung jährlich:	-147.000,-- €
----------------------------	---------------

Ergänzend 2 Mindest-Gewinnausschüttung Holding (Paket 2)

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Holding Dreieich GmbH eine jährliche Gewinnausschüttung in Höhe von mind. 280 T€ an die Stadt zu erwirken. Die Holding soll ferner beauftragt werden im fünfjährigen Finanzplan die Jahresergebnisse um die planmäßigen Konsolidierungsergebnisse fortzuschreiben und die Gewinnausschüttung in Höhe von mind. 280 T€ einzuplanen. Bei unzureichender planmäßiger Ergebnislage sind zunächst eigene weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Einnahmeerhöhung jährlich:	+280.000,-- €
davon abzuführende Kapitalertragssteuer:	-44.000,-- €

Ergänzend 3 Kompensation der Brutto-Netto-Differenz im Personalbereich (Paket 2)

Die im Gutachten von Kienbaum auf S. 59 genannte Brutto-Netto-Differenz im Personalbereich in Höhe von 498 T€ ist durch die Verwaltung jeweils zu kompensieren. Hierzu sind i.W. zukünftige Preissteigerungen im Sachkostenbereich durch eine Reduzierung des Sachmitteleinsatzes zu kompensieren

Ergänzend 4 Erhöhung der Grundsteuer (Paket 2)

Der Hebesatz der Grundsteuer A und B wird zum 1.1.2013 um 70 Punkte auf 370 Punkte angehoben. Die Mehreinnahmen sind im Entwurf des Haushaltsplans 2013 zu berücksichtigen.

Einnahmeerhöhung jährlich:	+1.400.000,-- €
----------------------------	-----------------

Ergänzend 5 Konsolidierungsbericht (HAFI 27.3.2012)

Der Magistrat erstellt jährlich einen Konsolidierungsbericht, der spätestens zu den Haushaltsberatungen vorzulegen ist.

Vor dem Hintergrund der Berichte wird spätestens in den Haushaltsberatungen 2015 (Ende 2014) über weitere notwendige Konsolidierungsbeiträge erneut entschieden, sollten die Konsolidierungs-ziele nicht wie geplant realisiert werden.